

geschluckt, sondern in den Blick genommen wird, was für alle richtig ist: Demokratische Partizipation, soziale Progression, Gesundheit, Bildung und Kultur für alle – also Frieden – sind, angesichts des geschaffenen Reichtums und der enormen Produktionsmöglichkeiten drängende Aufgaben der Zeit. Die öffentliche Debatte über die Umwandlung von Rüstungsproduktion in zivile Produktion, die Zugeständnisse der politischen Eliten an die Bevölkerung in Form von gesetzlichem Mindestlohn und der Rente mit 63 sind Ausdruck solcher Bestrebungen.

Gerade als Mitglieder einer ihrem Anspruch nach wissenschaftlichen Einrichtung stehen wir in den aktuellen Zeiten vor der Möglichkeit, die Glaubenssätze des sich in der Dauerkrise befindenden neoliberalen Zeitalters hinter uns zu lassen und die Universität als Republik von Lernenden für eine Kultivierung und Zivilisierung des gesellschaftlichen Zusammenlebens herauszubilden. Der Anfang ist gemacht: Studiengebühren wurden solidarisch bekämpft und mussten wieder abgeschafft werden. Durch das Engagement der Studierendenbewegung ist auch das Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“ rissig geworden. Im neuen Hochschulgesetz ist somit hervorgebracht, dass nicht mehr das neoliberale Mantra „Alles für den Wirtschaftsstandort“ dominiert. Stattdessen wird dort als Aufgabe der Hochschulen gefasst, Beiträge zu Frieden,

Demokratie und Nachhaltigkeit zu entwickeln. Jetzt steht an, der Befreiung von der verwerfungsbornierten Enge zum Durchbruch zu verhelfen: Das Bachelor-Korsett gehört aufgeschnürt, das individualisierte, abstumpfende und verdrießliche Pauken zugunsten einer Umorientierung des Studiums auf welt- und lebensrelevante Fragen abgelöst. Und: Die Universität muss als strikt zivile und demokratische Stätte der Argumentation und der Bildung mündiger Menschen rekonstituiert und dafür auch öffentlich ausfinanziert werden.



Frans Masereel, 1925.

Studentische Interessenvertretung hat in diesem Sinne die Verantwortung, alle zu ermuntern, aus der Alltagshetze herauszutreten und für Verbesserungen zu streiten und zu wirken statt mit leeren Versprechungen à la „Wir für Euch“ das Hamsterrad ölen zu wollen. Dafür kandidieren wir als „Wendepunkt“ für das Studierendenparlament und auf der „Liste

Linker Aktiver“ für den Senat und die Engere Fakultät der Philosophischen Fakultät. Wir sind außerdem engagiert in der Friedensbewegung, im Arbeitskreis Zivilklausel, als linke SozialdemokratInnen in der Gewerkschaft und in der SPD.

Solidarisch statt stumpf  
Zusammen aus dem Sumpf  
Aufrecht, fragend, heiter,  
Lernend – immer weiter!

### Unsere KandidatInnen fürs Studierendenparlament (Liste 4):

- |  |   |   |
|--|---|---|
| 1. Peter Förster (AK Zivilklausel, VVN-BdA, ver.di, SPD)         | 8. Kathrin Herzhauser                     | 19. Sebastian Ehrlich (EIRENE)                                |
| 2. Agnes Kamerichs (AK Zivilklausel, GEW, SPD)                   | 9. Sascha Gremmler (ver.di)               | 20. Jonas Flötotto  |
| 3. Stefan Brackertz (AK Zivilklausel, FS Physik, GEW-Studis NRW) | 10. Viktoryia Samatyia-Kopp               | 21. Philipp-Bo Franke   |
| 4. Aynur Temur (SPD)   | 11. Patrick Sudowe (FS Mathe)             | 22. Max Heitzer (AK Zivilklausel)                             |
| 5. Felix v. Massenbach (AK Zivilklausel, BdWi, ver.di, SPD)      | 12. Barbara Meisig (GEW)                  | 23. René Decker   |
| 6. Senta Pineau (AK Zivilklausel, ver.di, SPD)                   | 13. Thomas Rieder (FS Inklusion)          | 24. Johannes Schweitzer (Allerwelts-haus, Infobüro Nicaragua) |
| 7. Marius Braun  | 14. Jennifer Jendreizik (Allerwelts-haus) | 25. Simon Fischer   |
|  | 15. Tarek Mofiti                          | 26. Kurtul Demir  |
|  | 16. Melanie Pförtner                      | 27. Luziano Gonzalez Tejon                                    |
|  | 17. Andrés Otálvaro                       | 28. Eva Lorenz (GEW)  |
|  | 18. Vera Hölscher                         |   |

Wir kandidieren außerdem auf der **Liste Linker Aktiver – Bündnis für eine soziale, zivile und demokratische Hochschule** zum universitären Senat und zur Engeren Fakultät der Philosophischen Fakultät sowie auf der **Liste Bündnis kritischer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler\*innen und HSG Sowi** zur Engeren Fakultät und zur Fakultätsvertretung der WiSo-Fakultät.

# Der Wendepunkt



Sozialisten und weitere Aktive an der Uni Köln

## Den Frieden schaffen – ganz ohne Pietät – Aufklärung und Solidarität

„Piloten der Bundeswehr sind tief verunsichert wegen des Umgangs der Truppe mit dem Flugunfall eines NH90-Transporthubschraubers. ‚Die Soldaten zweifeln an der Zuverlässigkeit des Helikopters und misstrauen den Einschätzungen der offiziellen Stellen‘, sagte Reinhard Schlepphorst, der Vorsitzende der Interessengemeinschaft des fliegenden und luftfahrzeugtechnischen Personals der Transport- und Hubschrauberverbände der Bundeswehr (...) Der General Flugsicherheit der Bundeswehr verhängte daraufhin am folgenden Tag eine Flugsperre für die NH90-Flotte. Am 18. November wurde sie wieder aufgehoben. In der Begründung hieß es laut F.A.S.: ‚Die Kombination eines Triebwerksausfalls in Verbindung mit der (...) Fehlfunktion (...) wurde seitens der Firma als extrem unwahrscheinlich eingestuft und liegt damit innerhalb der akzeptierten Ausfallwahrscheinlichkeit.‘ Bei den Piloten sorgte diese Berufung auf den Hersteller für Kopfschütteln und Unmut.“

„Bundeswehr – Piloten haben vor eigenen Hubschraubern Angst“, FAZ.NET vom 30.11.2014.

„Drüben sie: versorgt in selbstgeschaffenen Stellungen, in Sicherheitswehren, Freikorps, Einwohnerschutz und Zeitfreiwilligenorganisationen, immer auf dem gutbezahlten Posten gegen einen selbstgeschaffenen Feind, und im Herzen eine unauslöschbare Wut gegen eine neue Zeit und ihre Menschen, die den Jahrmarktsrummel von Abzeichen, Orden, Titeln und einer als Unteroffizier verkleideten Militärjustiz (selbstverständlich ohne Binde) nicht mehr anerkennen wollen. Hüben wir: als Menschen der verhassten neuen Zeit, die da glauben, dass es keine ›Untergebenen‹ und keine ›Vorgesetzten‹ mehr geben darf. Sie wittern die Gefahr: entziehen wir ihnen die Untergebenen, dann ist es mit ihnen aus.“

Kurt Tucholsky, Glossen und Essays, Offiziere, 1920.

Das Geschäft mit dem Krieg ist skrupellos, so wie der Krieg selbst. Die Hubschrauber-Affäre kennt vor allem einen Gewinner: „NATO Helicopter Industries“ – den Hubschrauberhersteller, auf dessen „Expertise“ Kriegsministerin Ursula von der Leyen baut, um gleich darauf eine neue Bestellung des umstrittenen Hubschraubermodells aufzugeben – in Höhe von 8,5 Milliarden Euro. Diese Menschenfeindlichkeit hat System. Gegen das Bündnis aus Militär, Industrie und ihnen ergebenen Politikern mehr, sondern eine „Armee im Einsatz“ zur kommt es auf ein Bündnis der Bevölkerung an. Durchsetzung von ökonomischen und macht-



Der Unmut gegen diese Politik wächst bereits bis in die Bundeswehr hinein. Die Bemühungen von Ursula von der Leyen um „Attraktivitätssteigerung“ der Armee in Form von mehr „Familienfreundlichkeit“, Arbeitszeitverkürzung oder einer verbesserten Altersvorsorge sind der Versuch, Bevölkerung samt Soldaten von der unpopulären Funktion der Armee abzulenken: Die Bundeswehr ist längst keine Verteidigungsarmee



Studentische Wahlen vom  
8. bis 12. Dezember 2014

**Liste 4**  
zum Studierendenparlament

[www.wendepunkt.uni-koeln.de](http://www.wendepunkt.uni-koeln.de)

[jungesozialisten@yahoo.de](mailto:jungesozialisten@yahoo.de)

Wir treffen uns jeden Dienstag um 19:30 Uhr im Café Sandsprur der Evangelischen Studierendengemeinde (esg), Bachemer Str. 27. Alle sind herzlich eingeladen!

politischen Interessen. Vermeidliche Familienfreundlichkeit ist hier keine Abhilfe: Allorts wird eine humane und zivile Entwicklung durch das Militärische behindert.

Wirklich sinnvoll für alle „Untergebenen“ ist daher der Rückzug der Armee aus allen Einsatzorten, ihre Umstellung auf strukturelle Angriffsunfähigkeit, die Beendigung von Waffenlieferungen und -exporten, die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produktion, die konsequente Reduktion des militärischen Etats zugunsten von Investitionen in Bildung, Soziales, Gesundheit, Kultur – also echte Entwicklungspolitik hier und dort – sowie unbedingte

zivile Konfliktregulierung auf internationaler Ebene.

Für die Universität gilt das Erfordernis, ein gesellschaftlich verantwortliches Handeln ihrer Mitglieder sowie die kritische Reflexion der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen der Zeit zu fördern, Friedenswissenschaft als Leitwissenschaft zu entwickeln und die im Hochschulgesetz durch das Engagement von Hochschulmitgliedern erkämpfte Zivilklausel verbindlich in die Grundordnung der Universität zu schreiben.

Das Engagement dafür ist Befreiung. Niemand ist gerne „Untergebener“.

NRW-weite Demonstration:

## Gemeinsam für den Frieden – Friedenslogik statt Kriegsrhetorik

Samstag, 13. Dezember 2014, in Bochum · Start: 13:00 Uhr Rathaus/Glock

Aufruf zur Demo „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus“ unter [www.friedenswinter.de](http://www.friedenswinter.de)

## Die Quälerei beenden – Für ein erfreuliches Studium

„Sie wünschen sich ein gutes Gehalt, Politik ist vielen Studenten dagegen egal. Bildungsministerin Wanka appelliert an junge Menschen, sich mehr einzumischen.“

„Campus-Studie: Wanka sorgt sich um politisches Desinteresse von Studenten“, Spiegel Online vom 28.10.2014.

„Während 2001 lediglich 26 % der Studierenden einen sehr großen Nutzen in der Chance sahen, zur gesellschaftlichen Verbesserung beitragen zu können, so sind dies im Jahr 2013 immerhin 43 %. Diese Entwicklung widerspricht Annahmen, dass die Bereitschaft zur öffentlichen Verantwortung unter den Studierenden in den letzten Jahren zurück gegangen sei. Sie bestätigt aber, dass für die Studierenden heute öfters materielle Aspekte (Einkommen) und ideelle Aspekte (gesellschaftliche Verbesserung) nicht gegensätzlich sind, sondern gleichermaßen wichtig genommen werden.“

Vom Wissenschaftsministerium in Auftrag gegebener 12. Studierendensurvey 2014, Seite 94.

Wissenschaftsministerin Wanka (CDU) weint Krokodilstränen: Die Studierenden, so das im Blätterwald widerhallende Lamento, seien unpolitisch geworden, würden sich verstärkt egoistisch nur um das individuelle Fortkommen scheren. Richtig ist: Interessierte Wirtschaftslobbyverbände und willfähige Parteien (CDU und FDP vorne weg) haben sich sehr darum bemüht, u. a. mit der Einführung der Bachelor-Master-Studiengänge, den Blick auf die Bedürfnisse der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes einzuengen und das Pauken zu befördern. Dass dies so nicht gelungen ist, zeigt nicht nur die erkämpfte Abschaffung der

Studiengebühren, sondern auch das studentische Engagement für eine zivile und gesellschaftlich verantwortliche Entwicklung der Wissenschaften (Zivilklausel).

Wer einen genaueren Blick in die von Frau Wanka bemühte Studie wirft, erkennt dementsprechend, dass die Wissenschaftsministerin nicht Meinung wiedergibt, sondern zu machen sucht: Studienanfänger und auch Studierende erhoffen sich verstärkt, aufgrund ihres Studiums in die Lage versetzt zu werden, die „Welt zu verbessern“ und später einer „sinnvollen“ und auch „allgemeinnützlichen“ Tätigkeit

nachgehen zu können (Seite 391). Solche Hoffnungen und Wünsche treffen auf die zum Teil brutale Realität der ökonomisierten Hochschule: „Prüfungsangst“ und „Leistungsdruck“, „Anonymität“, „Isolation“ und eine damit einhergehende „Entpersonalisierung“ sind weiterhin verbreitete Probleme im Studierendenalltag an Universitäten (S. 177, 227f.).

Weil es studentisches Engagement gibt, ist diese Enge, ist das Bachelor-Korsett infrage gestellt. Der Beginn von vorsichtigen Korrekturen (z. B. die bereits beschlossene Minderung der Prüfungslast an der Philosophischen und Math-Nat-Fakultät, die beschlossene Abschaffung von Malus-Punkten an der WiSo-Fakultät) fallen nicht vom Himmel. Auf dem Studienreformtag der Philosophischen Fakultät vor einer Woche ist zum Beispiel eingehend diskutiert worden, dass eine neue, streitbare Kultur der Verständigung, des Miteinanders und des gemeinsamen Lernens

aller Hochschulmitglieder einer Renaissance bedarf.

Eine inhaltliche, noch zu erkämpfende Studienreform muss die Lücke zwischen den Humanisierungsansprüchen – die auch in der Studie zum Ausdruck kommen – und der universitären Realität schließen: Bereits der Blick in die Tageszeitung zeigt, dass die kriegerischen, extrem ungleichen und undemokratischen Verhältnisse solidarisch verändert werden müssen. Frieden und Wohlfahrt für alle Wirklichkeit werden zu lassen, kann auch Ambition kooperativen Lernens und Forschens sein. Für die Bildung entsprechender Erkenntnisse sind Heiterkeit und muntere Kontroverse förderlich, Peitschen im Nacken dagegen nicht.

Die Quälerei endet und das Lernen beginnt, wo Ärgernisse und Hoffnungen zum Ausgangspunkt einer Verständigung für Verbesserungen gemacht werden. Mitmenschen werden dabei als potentielle Mitstreiter neu erkannt.

Die Quälerei endet und das Lernen beginnt, wo Ärgernisse und Hoffnungen zum Ausgangspunkt einer Verständigung für Verbesserungen gemacht werden. Mitmenschen werden dabei als potentielle Mitstreiter neu erkannt.

„Bedeutungserweiterung. (...) Das zunächst im militärischen Kontext gebrauchte lat. *Commilito* erweiterte seine Bedeutung auf ähnliche Weise wie das deutsche Wort ‚Mit-Streiter‘. Die als Mitstreiter Bezeichneten kämpften nicht mehr zwangsläufig gegen einen Anderen, sondern für eine Sache: Sie verfolgten ein gemeinsames, möglicherweise durchaus friedliches Ziel. So ist die Bedeutung ‚Gemeinschaft der Studien‘ für lat. *commilitium* schon bei Ovid belegt.“

Wikipedia zur Herkunft und Entwicklung des Begriffs „Kommilitone“.

## Unsere Selbstdarstellung aus der Wahlzeitung:

# Solidarisch für Verbesserungen

„Und weil der Mensch ein Mensch ist,  
D'rum hat er Stiefel im Gesicht nicht gern!  
Er will unter sich keinen Sklaven seh'n  
Und über sich keinen Herrn“

Bertolt Brecht, Einheitsfrontlied, 1934.

Der Neoliberalismus, die ideologische Rechtfertigung der großen Geschäfte, basiert auf der abwegigen Behauptung, das Ellbogengerangel sei der einzig mögliche Fortbewegungsmodus und Menschen müssten einander ewig Feinde sein. Richtig ist: Einzig der aufrechte Gang ist

menschengerecht, er wird kooperativ und solidarisch verwirklicht. Deshalb steckt die Geschäftemacherei in der Krise. Verbesserung beginnt, wo das Dogma „Pass! Dich! Eigenverantwortlich! Dem! Schlamassel! An! Sonst! Gehst! Du! Unter!“ nicht vereinzelt



Honoré Daumier, „Die alte Methode“, 1845.